

Vorstand: Jutta Baitsch, Marianne Möhle, Anna Mayer

Vereins- und Spendenkonto: menschen.rechte Tübingen e.V.,
Volksbank in der Region,

IBAN: DE16 6039 1310 0308 1020 02, BIC: GENODES1VBH

menschen.rechte.büro: Janusz-Korczak Weg 1, 72072 Tübingen

Beratungsstelle Plan.B: info@planb.social

Projekt „save our families“: bap@menschen-rechte-tue.org

Tübingen, den 18.12.2024

An den Oberbürgermeister der Stadt Tübingen, Boris Palmer
An die Bürgermeisterin für Soziales, Ordnung und Kultur, Dr. Gundula Schäfer-Vogel
An die Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderats:
Vorsitzende der AL/Grüne-Fraktion, Swantje Uhde-Sailer und Annette Schmidt
Vorsitzender der SPD-Fraktion, Florian Zarnetta
Vorsitzender der Tübinger Liste-Fraktion hat Thomas Unger
Vorsitzende der CDU-Fraktion, Julia Mayer
Vorsitzende der Linke-Fraktion, Gerlinde Stasdeit
Vorsitzende der FDP-Fraktion, Anne Kreim
Vorsitzende der „Fraktion“, Markus Vogt
Vorsitzende der „Klimaliste“, Jana Krämer
An die Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte, Mihriban Sahin

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit den geplanten Haushaltskürzung soll offenbar auch unserem Verein die erstmals im Jahr 2023 gewährte Regelförderung wieder gestrichen werden. Dies bedauern wir sehr und hoffen, dass sich dies noch vermeiden lässt.

Die von der Stadt Tübingen gewährte Förderung verwenden wir hauptsächlich für die Aktivitäten in unserem Beratungsprojekt Plan.B. Wir sind überzeugt, dass die in diesem Projekt geleistete Arbeit für die Stadtgesellschaft von großem Nutzen ist.

Die Leistungen von Plan.B sind insbesondere:

- Beratung und Unterstützung von Menschen mit Fluchthintergrund in allen asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen
- Beratung und Unterstützung bei allen einzelfallbezogenen Bedarfen in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarktintegration der Klient:innen
- Beratung und Unterstützung bei der Antragstellung für eine Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis oder bei der Verlängerung von Ausweisen
- Erstellung von Informationsmaterialien und Durchführung von Fortbildungen
- Zusammenarbeit in all diesen Fragen mit anderen Beratungsstellen, Ehrenamtlichen, Arbeitgeber:innen, den städtischen Integrationsmanager:innen, der Ausländerbehörde und anderen

Die Aktivitäten von Plan.B stellen in keiner Weise eine Doppelstruktur zu bereits vorhandenen Angeboten dar. Im Gegenteil besteht nach wie vor ein weitaus höherer Beratungsbedarf für die Zielgruppen als von den vorhandenen staatlichen und nichtstaatlichen Akteur:innen geleistet werden kann. Plan.B entlastet durch seine aufenthaltsrechtliche Beratung und den sehr engen persönlichen Bezug zu den Klient:innen insbesondere die Arbeit der Ausländerbehörde. Plan.B kümmert sich im Bereich der aufenthaltsrechtlichen Fragen und der Integrationsbegleitung um viele Menschen, die vom Integrationsmanagement nicht oder nicht mehr beraten werden, weil sie bereits länger als drei Jahre in der städtischen Unterkunft sind oder weil sie in privaten Wohnungen wohnen.

Die Leistungen im Projekt Plan.B sind rein ehrenamtlich nicht machbar. Sollte die Stadt ihren Zuschuss zurückziehen, wären wir dazu gezwungen, das zum jetzigen Zeitpunkt vorhandene Personal zu kündigen.

Auch die sonstigen Aktivitäten unseres Vereins wie Informationsveranstaltungen, Fortbildungen, humanitäre Hilfsprojekte etc. verdienen eine weitere Unterstützung durch die öffentliche Hand. Als Meldestelle im Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan hat sich unser Verein inzwischen weit über Tübingen hinaus eine Anerkennung erworben. Um diese Aktivitäten fortsetzen zu können, wäre eine deutlich höhere Förderung notwendig.

Die vorgeschlagene Einstellung der Regelförderung von 30.000 € würde unseren Verein in seiner Existenz bedrohen. Wir bitten Sie daher dringend die Förderung beizubehalten.

Mit freundlichen Grüßen

Jutta Baitsch
Vorstand

Marianne Möhle

Anna Mayer

Andreas Linder
Geschäftsführer